

Warum müssen wir (noch immer) arbeiten? Eine hegemonietheoretische Analyse der Bedeutung und des Wertes von Lohnarbeit für den modernen Staat

Schon in den 1930er Jahren sieht der britische Ökonom John Maynard Keynes in seinem Aufsatz „Economic Possibilities for our Grandchildren“ (1930) das Ende der Arbeitsgesellschaft vorher: Durch den technischen Fortschritt, eine höhere Produktivität und steigendes Vermögen sei „das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst“. Im Jahr 2030 werden die Menschen von den „drückenden wirtschaftlichen Sorgen erlöst sein“, das größte Problem wäre dann, „wie die Freizeit auszufüllen ist“. Denn „Drei-Stunden-Schichten oder eine Fünfzehn-Stunden-Woche“ werden völlig ausreichend sein, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Weniger als zehn Jahre vor diesem herbeigesehnten Zeitpunkt sieht es kaum so aus, als könnte Keynes recht behalten. Noch immer ist Beschäftigung eine wichtige politische Zielsetzung, die als Voraussetzung von gesellschaftlichem Wohlstand erscheint und damit unbedingt durch den Staat gefördert gehört. So sollen etwa durch die „Agenda 2010“ in Deutschland neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und auch die „Lissabon-Strategie“ (2000) soll dazu beitragen, dass Wachstum, Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit Europas gesteigert werden.

Eine Möglichkeit diesen Umstand zu erklären, ist es natürlich Keynes als Naivling zu bezeichnen, der sich in seinen fortschrittsoptimistischen Einschätzungen schlicht verkalkuliert hat. Diesen Weg wählt der ehemalige Direktor des Instituts für Höhere Studien: „Er hat die Entwicklung überschätzt“, meint Christian Keuschnigg; „Viele Menschen können es sich gar nicht leisten, weniger zu arbeiten“. Keuschnigg spricht hier einen wichtigen Punkt an, beraubt ihn jedoch seiner politischen Dimension. Der technische Fortschritt im letzten Jahrhundert ließ die Arbeitsproduktivität enorm steigen – theoretisch kann daraus eine Verringerung der Arbeitszeit folgen. Doch die notwendige Arbeitszeit zur Existenzsicherung ist Effekt von Verteilungskämpfen zwischen Arbeit und Kapital (Marx 1844). Gesellschaftliche Entwicklungen folgen also keiner inhärenten Gesetzmäßigkeit, sondern werden von historisch kontingenten Ideen, die Produkt gesellschaftlich vorherrschender Machtverhältnisse sind, bestimmt (Foucault 2006, Jäger 2012, Linsi 2020): Mit der neoliberalen Wende in den 70ern gewinnt das transnationale Kapital durch Liberalisierung und Deregulierung Oberhand gegenüber Arbeitnehmer*inneninteressen (Linsi 2020). Dies hat auch folgenschwere Wirkungen für die vorherrschenden Vorstellungen von staatlichen Handlungsmöglichkeiten: Zwar ist weiterhin die Förderung des gesellschaftlichen bzw. nationalen Wohlstands ein wichtiges Ziel, doch hat der Staat sich ‚marktkonform‘ zu verhalten. Daraus folgt einerseits ein Rückbau des Sozialstaats, der für eine Individualisierung der Verantwortung für die soziale Absicherung sorgt (Foucault 2006), während Arbeitsmarktintegration sozio-ökonomischen Problemen, wie Armut oder Ungleichheit vorbeugen und

diese bewältigen soll (Schmid et al. 2006). Andererseits wird eine wichtige Staatsaufgabe als „Wettbewerbsstaat“ (Jessop 2015) das Herstellen attraktiver Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, um so in einer liberalisierten Weltwirtschaft Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Im Zuge dessen ist die Entwicklung von Humankapital zentral (Sum und Jessop 2013). Diese beiden politischen Zielsetzungen stehen in einem ambivalenten Verhältnis: Individuen werden in Bezug auf ihre soziale Absicherung auf sich gestellt, doch Humankapital – und damit alle Investitionen in Individuen, die potentiell ihre Produktivität erhöhen - gezielt gefördert. Letztlich bedeutet das eine Ausrichtung der Gesellschaft – und somit auch der Arbeit - an den Anforderungen der internationalen Märkte.

Genau diese Zielsetzungen, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit, werden von der Europäischen Kommission neben stetigem Wirtschaftswachstum erstmals in der Lissabon-Strategie (2000) als zentrale strategische Ziele formuliert und zuletzt im Europäischen Grünen Deal (2019) bestätigt. Damit konnten sie sich in der „Governance Architektur“ der EU verfestigen (Borras und Raedelli 2001) und geben seit 20 Jahren politischen Handeln Orientierung. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage der Bedeutung und des Werts von Lohnarbeit für den politischen Souverän. Dieser Frage soll aus einer hegemonietheoretischen Perspektive (Laclau und Mouffe 2014) anhand einer Kritischen Diskursanalyse (Jäger 2012, Howarth 2009) von Policy-Dokumenten der Europäischen Kommission nachgegangen werden. Die Diskursfragmente wurden auf Grund der formalen und informellen Bedeutung der Europäischen Union für die Gestaltung der Europäischen Wirtschaft ausgewählt (Henschl 2013, Röttsches 2006). Ziel der Analyse ist es erstens die Doppelfunktion von Arbeit als Wettbewerbsressource und im Sinne einer Existenzsicherung zu analysieren. Im Vordergrund stehen hier die Vorstellungen der Wirkung des internationalen Wettbewerbs auf Arbeitnehmer*innen. Ferner soll die politisch-ideologische Verortung der Aussagen betrachtet werden. Zweitens sollen aus hegemonietheoretischer Perspektive (Laclau und Mouffe 2014) jene diskursiven Strategien, die zur Erhaltung und Reproduktion der bestehenden Ordnung beitragen, dekonstruiert werden. Letztendlich soll die Analyse dazu beitragen, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu problematisieren und so auch eine Überwindung der Arbeitsgesellschaft in Aussicht stellen.

Literatur:

- Borras, S. und C. M. Radaelli. 2011. The politics of governance architectures: creation, change and effects of the EU Lisbon Strategy. In: Journal of European Public Policy. Vol. 18. No. 4.
- Foucault, M. 2006. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch.
- Havertz, R. 2020. Ordoliberalism as Early Ideational Influence on European Economic Integration. In: Journal of Global Politics. Vol. 13. No. 1.
- Henschl, F. 2013. Die Politische Rhetorik der Europäischen Kommission. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Howarth, D. 2009. Power, discourse and policy: articulating a hegemony approach to critical policy studies. In: Critical Policy Studies. Vol. 3. No. 3-4.
- Keynes, J.M. 1930. Economic Possibilities for our Grandchildren.
- Jäger, S. 2012. Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Edition DISS Bd. 3. München: UNRAST-Verlag.
- Jessop, B. 2015. The course, contradictions, and consequences of extending competition as a mode of (meta-)governance: towards a sociology of competition and its limits. In: Distinktion: Journal of Social Theory. Vol. 16. No. 2.
- Jessop, B. 2019. Ordoliberalism and Neoliberalization: Governing through Order or Disorder. In: Critical Sociology. Vol. 45. No. 7.
- Laclau, E. und C. Mouffe. 2014. Hegemony and the Socialist Strategy Towards a Radical Democratic Politics. London/New York: Verso.
- Lengfeld, H. 2014. Von der Ergebnisgleichheit zur Chancengleichheit? Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung der Gegenwart im Wandel. Köln: Böhlau.
- Linsi, L. 2020. The discourse of competitiveness and the dis-embedding of the national economy. In: Review of International Political Economy. Vol. 27. No. 4.
- Marx, K. 1844. Das Kapital. 1. Band.
- Röttsches, D. 2006. Die Verhandlungsmacht der Europäischen Kommission. Zwei Fallstudien aus der Umweltpolitik. Berlin.
- Schmid, J., D. Buhr, C. Roth und C. Steffen. 2006. Wirtschaftspolitik für Politologen. Stuttgart: UTB.
- Sum, N.-L. und B. Jessop. 2013. Competitiveness, the Knowledge-Based Economy and Higher Education. In: Journal of the Knowledge Economy. Vol. 4.